

"Politik für Österreichs Familien zu machen ist eine gleichermaßen schöne wie auch sehr herausfordernde Tätigkeit"

16.8.2008

Stellungnahme zum Entwurf eines Bundesgesetzes mit dem das Familienlastenausgleichsgesetz 1967 geändert wird.

Der Freiheitliche Familienverband Österreichs begrüßt, dass mit dem gegenständlichen Gesetzentwurf wenigstens eine teilweise Inflationsabgeltung der seit 2002 nicht mehr valorisierten Familienbeihilfe erfolgen soll.

Der FFVÖ versteht allerdings nicht, warum Kinder unter 6 Jahren (30% aller Familienbeihilfebezieher) diese Anpassung diese Anpassung nicht erhalten, obwohl sie von der Teuerung in gleicher Weise betroffen sind und fordert daher die geplante 13. Familienbeihilfe auf alle beihilfeberechtigten Kinder auszudehnen.

Der FFVÖ weist ferner darauf hin, dass auch Kinderabsetzbetrag und Kinderbetreuungsgeld seit 7 Jahren nicht mehr an die gestiegenen Lebenshaltungskosten angepasst wurden und damit mehr 15% ihres ursprünglichen Wertes verloren haben. Der FFVÖ fordert daher, dass auch für diese Leistungen eine Valorisierung erfolgt und dass in Zukunft wie bei den Pensionen auch bei den Familienleistungen eine regelmäßige Anpassung gesetzlich festgelegt wird.

Freiheitlicher Familienverband 1080 Wien, Blindengasse 6 Tel.: 01 / 405 78 32 Österreich 180 WIS 1 405 10 Office WHIV. Prof. Dr. Herbert Vonach

1080 Wien Blindengasse 6

01 / 405 78 32 office@ffv.at

www.ffv.at